Freitag, 3. Juli 1925 · 73. Jahrgang Nr. 311

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Ruschke, Berlin-Steglitz.

Einheitsbrot .... 0,50 Reichsindex .... 138,—
Milch ..... 0,30 Straßenbahn 0,15
Brikett: Keller Zir. 1,57 Hoosh. Tiefst. II. 0,25, III. 0,15
Gaskoks Keller Zir. 2,22 ganze Str. II. 0,30, III. 0,20
Strom o. Grundgeb. . . 0,16 Stadtbahn II. 0,20, III. 0,15
Gas 0,16, Wasser . 0,17 Omnib. Teil 0,10, g. Str. 0,20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Wild genügend, in Geflügel reichlich. Preise für Wild hoch, Geflügel unverändert.

Rehwild 0,40—2,50, Rotwild 0,30—1,80, Damwild 0,35—1,90, Kaninchen geschl. 0,55—1,00, Gänse 1,50—1,60, Hühner geschl. 1,25—1,50, Enten geschl. 1,35 bis 1,65 d. Pfd., Wildenten 1,30—2,00 d. St., Tauben 0,80—1,00 d. St., Butter 1,70—2,30, Margarine 0,65—1,00 d. Pfd., Eier 0,10—0,18 d. St., Kartoffeln pro 10 Pfd. 0,55—0,60, do. neue 0,12—0,15 das Pfund, Zwiebeln 0,15—0,20 d. Pfd.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Tel. 0,15, answ. n. Zon. u. Zeit 0,20 Telegr. d. Wort Berlin 0,05
Rohrpost 0,30, brief 0,40 Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.,
Porto 0,05, F. n. Oest. 0,05 Nrl., Schweiz 0,10, Frankr. 0,15
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10 Dtschösterr., Norw., Tschech. 17
Brief 0,25, Fern- u. Oest. 0,10 Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,30 Uruel 85-41. Ver Staat 125-295

Drei Todesurteile in Moskau!

Der Spruch des bolschewistischen Rachegerichts

Moskau, 3. Juli. (W. T. B.)

Der Oberste Gerichtshof verurteilte nach 5½stündiger Beratung Kindermann, Wolscht und v. Dittmar zur Todesstrafe.

Gegen das gefällte Urteil kann Berufung nicht eingelegt werden. Das Urteil ist endgültig. Den Verurteilten steht jedoch das Recht zu, innerhalb einer Frist von 72 Stunden nach Einhändigung des Urteils ein Gnadengesuch beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion einzureichen.

Die letzte Sitzung vor dem Urteil

Dittmars Rolle wird immer deutlicher

In seiner Verteidigungsrede hatte Kindermann im wesentlichen seine sämtlichen im Verlaufe der Verhandlung gemachten Aussagen wiederholt und gebeten, die ganze Angelegenheit auf diplomatischem Wege zu erledigen. Zum Schluß forderte er die Wiederaufnahme des Verfahrens zum Beweis seiner Unschuld, die er oftmals betont habe. Der Vorsitzende erklärte, die Frage der Wiederaufnahme des Verfahrens hätte vor den Verteidigungsreden gestellt werden müssen.

In der darauf folgenden Sitzung erklärte Wolscht, er verzichte auf eine Verteidigungsrede. Er sei Vertreter der deutschen Studentenschaft, und die Beschuldigungen gegen deren Organisationen zurückzuweisen, sei Sache anderer Personen, die dies in anderer Form und an anderer Stelle tun würden.

Der Staatsanwalt wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Verteidigung keine Gegenargumente vorgebracht habe. Kindermann habe seine früheren lügenhaften Behauptungen mit neuen lügenhaften Behauptungen begründet. Er habe die Echtheit und vollkommene Freiwilligkeit seines Geständnisbriefes an Dzerschinski, was ausschlaggebend sei, nicht bestreiten können. Wolschts Verzicht auf Verteidigung werde begreiflich im Lichte seiner Worte, daß andere Leute auf andere Weise die Anklage beantworten würden. „Wir verstehen, erklärt Krylenko, diese Aufforderung an Wolschts Gesinnungsgenossen. Mögen weitere Herren Fascisten herkommen, man wird Mittel finden, mit ihnen fertigzuwerden!"

Hierauf ersuchte Dittmars Verteidiger Otto den Gerichtshof, an die Aufrichtigkeit der Reue des Angeklagten zu glauben. Darauf folgten die Schlußworte der Angeklagten: Kindermann erklärte kurz, man möge das Urteil nicht auf seine Aussagen gründen, da sie unwahr seien. Wolscht dankte der deutschen Botschaft und der deutschen Presse für ihren Beistand. **Dittmar wies alle gegen ihn gerichteten „Verleumdungen der deutschen Presse" scharf zurück. Er wiederholte ausdrücklich, die Kindermann-Expedition sei eine Provokation des Berliner Polizeipräsidiums.** Diejenigen Kreise, welche drei junge Leben für ihre dunklen Ziele mißbraucht hätten, seien für die Leben verantwortlich. Er verzichte auf Gnade.

* * *

Schon die unter Sowjetzensur stehende Berichterstattung über den Moskauer Prozeß gegen Dr. Kindermann, Wolscht und v. Dittmar ließ erkennen, daß es sich um eine mit einem ungewöhnlichem Maß von Raffinement und Gemeinheit inszenierte Gerichtskomödie handelte, deren von vornherein erkennbares Ziel das Todesurteil gegen die drei Studenten war. Man kann nicht annehmen, daß der Sowjetunion an der Hinrichtung der drei jungen Leute an sich viel gelegen wäre. Sie verfolgt mit dem Todesurteil vielmehr weitergehende Absichten, in der Hauptsache scheint es den Moskauer Machthabern darum zu gehen, in den drei Verurteilten Austauschobjekte zu haben und zugleich auf die deutsche Justiz, soweit deren Objekte Kommunisten sind, abschreckend zu wirken.

Wir haben diese deutsche Justiz nicht für einwandfrei gehalten und haben das wiederholt zum Ausdruck gebracht, um sie in andere, bessere Bahnen zu lenken. Die anständigen, vernünftig denkenden Elemente in Deutschland haben ein natürliches Interesse daran, die deutsche Justiz von dem Odium politischer Rachetendenzen zu befreien. Das Moskauer Urteil entspringt jedoch derselben Tendenz und kann daher nur verschlimmern, nicht verbessernd wirken, muß mithin schon aus diesem Grunde aufs entschiedenste abgelehnt werden.

Während von den deutschen Gerichten Kommunisten verurteilt wurden, die immerhin böse Dinge auf ihrem Schuldkonto hatten, kann man wenigstens von zweien der in Moskau verurteilten Deutschen, nämlich von Kindermann und Wolscht, sagen, daß sie auf politischem Gebiet harmlos wie Kinder sind, und daß, was die Gerichtsverhandlung für jeden vorurteilsfrei Denkenden ergab, keine Rede davon sein kann, sie hätten als verkappte Angehörige der Organisation Conful Attentate auf Größen des Sowjetstaates geplant. Anders liegt der Fall bei v. Dittmar. Dieser — übrigens ein Neffe des bekannten deutschnationalen Heißsporns v. Freytagh-Loringhoven — scheint in der Tat als früheres Mitglied jener Organisation es übernommen zu haben, den Moskauer Gewalthabern die beiden anderen Studenten ans Messer zu liefern. Von ganz rechts nach ganz links führten immer Fäden, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß v. Dittmar im russischem Auftrage die Rolle des agent provocateur übernahm, und die beiden andern zur wirtschaftlich-wissenschaftlichen Expedition nach Rußland bestimmte, um dort flink das „Geständnis" über die „Mordabsichten" abzulegen.

Dagegen spricht natürlich nicht, daß auch Dittmar zum Tode verurteilt wurde, denn die Drahtzieher mußten selbstverständlich die Komödie bis zum Fallen des Vorhanges durchführen, — schließlich wäre Dittmar nicht der erste Verräter, der um seinen Lohn käme. Das Urteil ist zwar gesprochen, immerhin noch nicht das letzte Wort. Man darf wohl erwarten, daß die Verurteilten von ihrem Recht, einen Antrag auf Begnadigung zu stellen, Gebrauch machen werden, und wäre es nur, um Zeit zu gewinnen. Es werden sich dann hoffentlich Möglichkeiten finden, die Opfer der asiatischen Justizkomödie zu retten.

Das französische Budget balanciert

Annahme in einer Nachtsitzung der Kammer

Paris, 3. Juli.

Die Kammer hat ihre Nachtsitzung heute vormittag um 7 Uhr 25 Min. beendet und die Beratung über das Einnahmebudget für das Jahr 1925 zu Ende geführt. Hinsichtlich der Umsatzsteuer ist der Vorschlag der Regierung, nachdem die Kammer einen sozialistischen Abänderungsantrag mit 292 gegen 257 Stimmen abgelehnt hatte, mit 319 gegen 241 Stimmen angenommen worden. Nach Beendigung der Einzelberatung erklärte der Berichterstatter für das Budget, daß dieses sich nunmehr wieder ausbalanciere: **Ausgaben 33 163 224 200 Fr., Einnahmen 33 175 269 218 Fr.**

Hierauf wurde über das Gesamtbudget abgestimmt. Es wurde mit 410 gegen 31 Stimmen angenommen.

Der Franc befestigt sich wieder

Paris, 3. Juli.

Auf dem Devisenmarkt machte sich gestern eine starke Entspannung bemerkbar. Nachdem im Laufe des vormittäglichen Freiverkehrs das englische Pfund bis auf 109 und der Dollar bis auf 22,40 gestiegen waren, setzte plötzlich eine scharfe Rückwärtsbewegung ein. Zu Beginn des amtlichen Börsenverkehrs notierte das englische Pfund bereits nur noch 107, der Dollar etwa 22. Bis zum Schluß der Börse gaben die Kurse noch eine Kleinigkeit nach. Im Laufe des nachbörslichen Verkehrs trat jedoch eine weitere starke Abschwächung der Devisenkurse ein; gegen 6 Uhr abends wurde das Pfund mit 104,05 und der Dollar mit 21,40 gehandelt.

Die gefährlichen Ansichtskarten. Der Präfekt von Trient hat vom 1. Juli ab den Verkauf von Ansichtskarten vom italienischen Südtirol mit deutscher und zweisprachiger Aufschrift verboten.

Fürst und Fürstin Bülow sind aus Rom in Berlin eingetroffen.

Schnelldienst

Die Nachricht, daß die englische Besatzung in Köln bei der Räumung nach Koblenz verlegt werden soll, wird von gut unterrichteter alliierter Seite bestätigt.

Der liberale „Corriere della Sera" in Mailand wurde wegen mehrerer Artikel, die die Kammer und die Regierung beleidigten und Andeutungen über die Krone enthielten, verwarnt.

Der französische Handelsminister Chaumet hat seinen Vorgänger, Raynaldy, mit einer wichtigen Handelsmission in Rußland betraut.

Nach einer Meldung aus Mexiko ist der dortige Berichterstatter der russischen Telegraphenagentur unter der Beschuldigung, einen Streik der Eisenbahner organisiert zu haben, ausgewiesen worden.

Die vertagte Aussprache

Stresemanns Rückzug

Der Heldenkampf, den der Reichsaußenminister Stresemann vorgestern mit Fanfarenstößen angekündigt hat, ist gestern wieder vertagt worden. Das diplomatische Geschick des Reichskanzlers Dr. Luther, wie die „Germania" sich ausdrückt, hat es fertig gebracht, daß die Volkspartei und ihr Führer Stresemann gestern auf die schleunige Ansetzung einer Debatte im Reichstagsplenum verzichtet hat, die sie vorgestern für unumgänglich hielt. Von einem diplomatischen Geschick des Herrn Reichsaußenministers zu sprechen, liegt jedenfalls kein Anlaß vor. Das Communiqué, das die Volkspartei gestern abend veröffentlicht hat, wonach der Reichskanzler eine Aussprache über die außenpolitische Lage „noch in dieser Tagung" zugesagt und die Volkspartei daraufhin auf die Einbringung ihrer Interpellation vorläufig verzichtet habe, findet seine klarste Interpretation in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", die prompt erklärt, der Reichstag wird vor den Ferien keine außenpolitische Aussprache mehr abhalten.

Nun könnt e man ja sagen, die mehrstündigen Aussprachen im Kabinett und zwischen Reichskanzler und Volkspartei hätten einen solch' segensreichen Verlauf genommen, daß am Ende die gereizten Koalitionsbrüder sich in neuentdeckter Liebe sich um den Hals gefallen seien. Der magere Bericht über die gestrige Kabinettssitzung bietet jedenfalls keine Handhabe von einer tiefergehenden Wiederverständigung zwischen Volkspartei und Deutschnationalen im Sinne der bisherigen Stresemannschen Paktpolitik zu sprechen. Nun aber hat die Volkspartei in später Nachtstunde noch ein Elaborat ausgegrübelt, in dem „Richtlinien für den Abschluß eines Sicherheitspaktes" aufgestellt sind. Aus diesen Richtlinien spricht das Bemühen, den deutschnationalen Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen. Es werden allerlei Voraussetzungen und Forderungen aufgestellt, die man sich jedenfalls besser überlegt hätte vor der Beschlußfassung über einen deutschen Sicherheitsvorschlag als mitten drin im diplomatischen Notenwechsel.

Die zahlreichen Bedenken, die ernsthafte Friedenspolitiker gegen die jetzige Stresemannsche Paktpolitik haben, und die auch hier zum Ausdruck gekommen sind, bleiben bestehen. Aber immerhin muß man im Interesse des Weltkredites der deutschen Politik, nachdem Stresemann seine Aktion eingeleitet hat, allerseits für ihre konsequente Weiterführung eintreten, und darum muß festgestellt werden, daß die gestrige Haltung der Deutschen Volkspartei und ihre Beschlüsse, die eine bedenkliche Konzession an die deutschnationale Demagogie bedeuten, eine schwere Schädigung der außenpolitischen Interessen des deutschen Reiches darstellen. Der Herr Reichsaußenminister selbst aber, der die Notwendigkeit einer außenpolitischen Aussprache im eRichstag vollkommen richtig als Notwendigkeit erkannt hatte für eine auf breiten Grundlagen geführte deutsche Außenpolitik, und der nunmehr vor den Deutschnationalen, die aus parteitaktischen Gründen sich um die Aussprache drücken wollen, bis die Zölle eingeheimst sind, zurückweicht, hat eine schlimme Einbuße an Kredit erlitten. Es ist zu wünschen, daß diese Wirkung sich nicht auch in den Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten äußern wird, und daß das deutsche Volk nicht wieder mal die Kosten parteipolitischer Kompromisse tragen muß. Herr Stresemann wird hoffentlich seinem Rückzug baldmöglichst eine neue und erfolgreichere Offensive folgen lassen.

*

Der Aeltestenrat des Reichstags hielt heute mittag eine kurze Sitzung ab, in der fast nur geschäftliche Angelegenheiten erörtert wurden. Der weitere Arbeitsplan des Reichstags wurde nicht behandelt, vor allem wurde kein Beschluß gefaßt. Das soll erst in der nächsten Sitzung des Aeltestenrates am kommenden Montag geschehen. Nur ganz nebenbei wurde davon gesprochen, daß eventuell in der Reichstag der nächsten Woche die außenpolitische Aussprache stattfinden soll.

Es erscheint allerdings notwendig, daß eine solche Aussprache stattfindet, wenigstens wird in den Kreisen der Demokraten und der Sozialdemokraten eine solche Aussprache für eine unbedingte Notwendigkeit gehalten. Das Zentrum hat sich mit der ganzen außenpolitischen Lage überhaupt noch nicht befaßt, es nimmt vielmehr lediglich eine abwartende Stellung wie immer ein. In der Sitzung der Zentrumsfraktion am gestrigen Abend wurde lediglich über die Rentenbankvorlage und über die Behandlung der Zollvorlage im handelspolitischen Ausschuß gesprochen. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Wie wir weiter hören, soll zwar Reichskanzler Luther sich mit der Fassung der Entschließung der